Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,35 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054.
Rhede: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolsing.
Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 159 | Montag, den 10. Juni 1929 | Jahrgang 1929

Stahlhelm und Christentum.

Der Stahlhelm hat bei seinem Treffen in München sich in einer Botschaft an das deutsche Volk gewandt, in der er die innere Erneuerung und die äußere Befreiung von Volk und Vaterland fordert. Er wendet sich gegen „freigeistigen Atheismus" und „liberalen Materialismus" und stellt ihnen die hohen Werte der christlichen Religion entgegen. Er fordert staatlichen Schutz der christlichen Religion, Erziehung der Jugend in christlichem Geiste sowie im „nationalen Geiste, Ertüchtigung der Jugend im Sinne des Wehrgedankens".

An dieser Kundgebung fällt manches auf, auch wenn man die Geschichte des Stahlhelm garnicht kennt. Oder müssen wir nicht vielmehr sagen: weil wir die Geschichte des Stahlhelm so gut kennen, darum sind wir geneigt, zu interpretieren und uns nicht mit der einfachen Hinnahme der Resolution, so schön sie auch klingen mag, zu begnügen. Auffällig ist zunächst die Formulierung „freigeistiger Atheismus". Wir kennen keine Stufungen des Atheismus, und für uns gibt es mit ihm, gleichgültig, welche Formen er auch annehmen mag, kein Paktieren. Und „liberaler Materialismus"? Was ist das? Der Materialismus ist ebenso eindeutig, und gerade diese Kennzeichnung hätte genügt und wäre deutlich gewesen!

Wir sind weit davon entfernt, die Kundgebung des Stahlhelm etwa in der Art sozialistischer und demokratischer Blätter abzutun. Wer den Willen ausspricht, mit uns für die christliche Schule zu fechten und die Jugend im Sinne des Christentums zu erneuern, den müssen wir uns näher ansehen.

Leider bleiben wir skeptisch und warten ab. Bisher hat der Stahlhelm für die Durchsetzung der christlichen Ideen im deutschen Volk wenig getan, und diese Verlautbarungen kommen auch reichlich spät, nachdem er bisher mehr in Waffenlärm und Paraden sich gezeigt hat. Wir warten also ab und wollen sehen, ob diese Verlautbarung lediglich ein schönes Lippenbekenntnis bleibt, oder ob es den Führern ernst damit ist und sie ihre militaristische Haltung etwas vergeistigen wollen. Es sollte uns freuen!

Vor allem aber hoffen wir, daß der Stahlhelm auch in seiner ganzen Politik nunmehr damit beginnt, dem Geiste des Christentums stärker Rechnung zu tragen. Denn Christentum ist nicht Wort, sondern Tat. Weder die Kundgabe einer Haßbotschaft gegen den Staat, noch seine chauvinistisch-militaristische Aber ist mit den Ideen wahren Christentums vereinbar. Wenn der Stahlhelm seine letzte Botschaft wahrmachen will, so muß er in eine gründliche Revision seiner ganzen bisherigen Haltung eintreten! Nicht das Schwert gehört zum Kreuze, sondern der Oelzweig des Friedens.

Uebrigens hat ja auch Hindenburg diesmal den Stahlhelm sehr eindeutig auf die rechten Wege gewiesen, als er in seinem Telegramm davon sprach, daß der Stahlhelm wahre Kameradschaft dadurch pflegen solle, daß er der Volksgemeinschaft dienen möge. Das ist ganz im Sinne der christlichen Ideen. Aber Hindenburg hatte wohl etwas anderes im Auge. Er mahnte wohl in Erinnerung an die Haßbotschaft, die ihn seinerseits soweit aus seiner Zurückhaltung heraustreten ließ, daß der Reichspräsident die Bundesleitung zu sich bestellte und ihr energisch den Text las wegen ihrer Haßbotschaft und der Gegnerschaft gegen die Volksgemeinschaft.

Es ist nun einmal so, daß man der Botschaften gewisser Organisationen nicht froh wird, auch wenn sie noch so schön klingen, Worte und Taten und ihre ganze Geschichte differieren zu sehr. Das gilt besonders für den Stahlhelm. Gerade wem es um die Durchsetzung des deutschen Volkes mit christlichem Geiste wahrhaft zu tun ist und wer die Schwierigkeiten des Kampfes kennt, wie wir, der sieht sich die Bundesgenossen genau an und prüft sie darauf hin, ob sie in dem schweren Kampfe ein Gewinn oder eine Belastung sein werden. Wir können uns noch längst nicht jeden gestatten, der sich als Bundesgenosse erklärt. Er muß durch Tat erst die Aktivlegitimation erbracht haben und das ist beim Stahlhelm trotz der schönen Worte bisher mit nichten der Fall!

Wir müssen vielmehr annehmen, daß der Stahlhelm versucht, durch seine Botschaft den politisch-reaktionären Charakter der Organisation zu vertuschen. Sein Christentum, als ein Schwertchristentum dargestellt, wird nie zur inneren und äußeren Befriedung und zur Ueberwindung des Krieges führen. Und seine Politik ist die krasseste militaristische, von der schon Bismarck sagte, daß er ihr einen entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik nicht einräumen könne. Die Sozialpolitik des Stahlhelm endlich ist ebenfalls so reaktionär, daß die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung diese entschieden ablehnt.

Also lassen wir vorerst den Stahlhelm ruhig allein. Solche Bewegungen, die am wenigsten öffentlich beachtet werden, deren Aktionen allerdings wachsam zu verfolgen sind, laufen sich am schnellsten tot. Nicht zum Schaden unseres Volkes und des inneren Friedens.

Braun über das Konkordat.

Die Forderungen der evangelischen Kirchen.

— **Berlin**, 8. Juni. Der Amtliche preußische Pressedienst veröffentlicht folgende Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten Braun:

„In der evangelischen Oeffentlichkeit, insbesondere in den preußischen Landeskirchen selbst ist mit wachsender Lebhaftigkeit die Erwartung hervorgetreten, daß gleichzeitig mit dem vorliegenden katholischen Kirchenvertrag gleichwertige Verträge mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen werden. Daß es dem Staatsministerium völlig fernliegt, im Falle des Zustandekommens dieses Vertrages die Grundsätze der Parität gegenüber den evangelischen Kirchen zu verletzen, hat der Herr Ministerpräsident auf eine auch durch die Presse bekanntgewordene Anfrage des evangelischen Oberkirchenrates und anderer obersten Kirchenbehörden bereits mit Schreiben vom 8. November 1928 ausgeführt. Die Prüfung der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage gerade vom Gesichtspunkte der Parität aus ergibt aber, daß zurzeit der evangelischen Kirche vor der katholischen staatlicherseits ein erheblicher Vorzug eingeräumt ist. Die nach der katholischen Seite in der vorliegenden Gesetzesvorlage erstmalig in Angriff genommene Durchführung der kirchenpolitischen Bestimmungen der Reichsverfassung ist nämlich nach der evangelischen Seite bereits in weitem Umfange verwirklicht. So ist die Freiheit der evangelischen Kirche vom Staate durch das staatliche Kirchenverfassungsgesetz vom 8. April 1924 grundsätzlich anerkannt. Zum Teil, wie beim Aemterbesetzungsrecht, geht dies sogar über das in dem katholischen Kirchenvertrag vorgesehene Maß weit hinaus. Während ferner die Dotation der katholischen Bistümer noch heute auf dem Stande des Jahres 1906 verharrt, sind die staatlichen Leistungen für das evangelische Kirchenregiment den seitdem vorgenommenen staatlichen Besoldungserhöhungen stets gefolgt, so schon der Besoldungsreform von 1909 und später der von 1920. Darüber hinaus aber sind alsbald nach Wiederherstellung der Währung die finanziellen Beziehungen Preußens zu den evangelischen Landeskirchen einer umfassenden gesetzlichen Neuregelung unterzogen worden. Was daher der katholischen Kirche durch die Dotationsbestimmungen des neuen Vertrages erst jetzt gewährt werden soll, besitzt kraft des Staatsgesetzes vom 15. Oktober 1924 und ganz abgesehen von einen früheren Besoldungserhöhungen die evangelische Kirche bereits seit Jahren. Die hiernach den evangelischen Kirchen zuletzt noch gemäß den Besoldungsreformen von 1925 und 1927 zugeflossenen Mehrerträge belaufen sich auf ganz erhebliche Summen. Auf die gegenüber der katholischen Kirche aus dem evangelischen Dotationsgesetz vom 15. Oktober 1924 sich ergebenden finanziellen Konsequenzen hat auch der Landtag bereits alsbald bei der Verabschiedung dieses Gesetzes hingewiesen.

Eine der Reichsverfassung entsprechende Neuregelung des mit der katholischen Kirche seit über hundert Jahren bestehenden Vertragsverhältnisses läßt sich hiernach gerade vom Gesichtspunkte der Parität nicht länger hinausschieben. Soweit dieser Vertragsneuregelung für die katholische Kirche gegenüber der evangelischen Kirche eine den Grundsätzen der Parität nicht entsprechende Vorzugsstellung gegeben wurde, ist das preußische Staatsministerium bereit, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Den gewiesenen Ausgangspunkt hierfür bilden die Bestimmungen des § 9 des erwähnten Gesetzes vom 15. Oktober 1924, durch die das Staatsministerium bereits ermächtigt ist, Vereinbarungen finanzieller und organisatorischer Art mit den evangelischen Kirchen abzuschließen. Verhandlungen darüber werden sofort nach Verabschiedung des Gesetzes über den Staatsvertrag mit der katholischen Kirche in die Wege geleitet werden."

★

Falschmeldungen.

Berlin, 8. Juni. Wir haben in Nr. 155 vom 8. ds. Monats eine Meldung des Nachrichtenbüros des Vereins Deutscher Zeitungsverleger über einen angeblichen Inhalt des Preußenkonkordats gebracht. Diese Meldung enthält eine schiefe und zum großen Teil unrichtige Darstellung. Es muß daher mit allem Nachdruck die Frage aufgeworfen werden, wie das Nachrichtenbüro die fragliche Meldung als von „unterrichteter Stelle" herrührend bezeichnen konnte oder wer diese angeblich „unterrichtete Stelle" war. Man hat nämlich Grund zur Vermutung, daß hier Kreise, die ein Interesse an der Störung der Konkordatsverhandlungen haben, sich des Nachrichtenbüros bedienten, um neue Unruhen in die Oeffentlichkeit zu tragen.— Die Angaben, die einzelne Blätter über den Inhalt des Konkordats veröffentlichen, sind meistens falsch oder ganz irreführend. Sie lauten zudem auch noch verschieden. Die „K. Z." berichtet z. B. von drei neuen Bistümern, die der Entwurf vorsehe, während die „Frankfurter Zeitung" nur von der Errichtung zweier neuer Bischofssitze gehört haben will. Der Entwurf des Konkordats wird bis zu dem für die Veröffentlichung vorgesehenen Termine noch von den Beteiligten vertraulich behandelt, und in der Parteiführerbesprechung von Freitag hat Ministerpräsident Dr. Braun noch einmal ausdrücklich um Wahrung der Diskretion gebeten. Das ist bei Staatsverträgen ein durchaus übliches Verfahren. An der Rätselraterei über den Inhalt und der bruchstückweisen Veröffentlichung von sragwürdigen Einzelheiten wird sich die Zentrumspresse jedenfalls nicht beteiligen.

Die steuerliche Auswirkung der Pariser Vereinbarung.

Eine Rede des preußischen Finanzministers.

÷ **Hagen**, 9 Juni. In einer heute hier abgehaltenen demokratischen Versammlung sprach der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff über „Das neue Steuervereinheitlichungsgesetz." Im Verlaufe seiner Ausführungen ging der Minister auch auf die praktischen Auswirkungen der Pariser Vereinbarungen auf finanzpolitischem Gebiete ein und nahm damit als erster Staats- und Steuerfachmann in der Oeffentlichkeit zu diesen Fragen Stellung.

Niemand, so führte Minister Dr. Höpker-Aschoff aus, werde das Ergebnis von Paris mit Begeisterung begrüßen. Dem deutschen Volke werde wiederum mit erschreckender Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht, welche Lasten ihm der verlorene Krieg aufbürde. Diese Lasten würden leichter getragen werden können, wenn aus den Pariser Verhandlungen die notwendigen politischen Folgerungen — Beseitigung der Kontrollen, Räumung des besetzten Gebietes, Regelung der Saarfrage — gezogen würden.

Das Wesentliche der Erleichterungen der Pariser Vereinbarungen liege darin, daß das Deutsche Reich in den nächsten 5 Jahren je 700 Millionen Mark an Reparationsleistungen weniger zu zahlen habe. Bei der Frage, was mit diesen 700 Millionen Mark geschehen könne, müsse als oberster Grundsatz die Forderung herausgestellt werden, daß diese Summe unter keinen Umständen verpulvert werden dürfe. Wer solle nun den Nutzen von der Ersparnis haben?

Die Sachverständigen seien der Auffassung, daß die Bevormundung der Reichsbahn, insbesondere die Mitwirkung der ausländischen Vertreter im Verwaltungsrat beseitigt werden müsse. Sie solle aber weiterhin unabhängig bleiben und auch jährlich die 660 Millionen Abgaben aufbringen. Außerdem habe die Reichsbahn eine Beförderungssteuer von 330 Millionen Mark aufzubringen, von denen 290 Millionen unmittelbar in den Reparationsfonds wandern. Der Minister vertrat die Auffassung, daß ein Riesenunternehmen, wie die Reichsbahn, deren in den Anlagen investiertes Kapital mit 26 Milliarden Mark noch sehr gering veranschlagt sei, sehr wohl die 660 plus 330 Millionen aufbringen könne und daß hier eine finanzielle Entlastung nicht notwendig sei.

Die Sachverständigen schlugen die Beseitigung der Industriebelastung von 300 Millionen Mark vor, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Erleichterung bei der kommenden Steuerreform berücksichtigt würde. Im Reichstage sei bereits die Forderung gestellt worden, die Landwirtschaft von der Rentenbankbelastung (rund 90 Millionen Mark) zu befreien. Solche Entlastungen könnten nur im Zusammenhange mit einer durchgreifenden Steuerreform durchgeführt werden. Für eine solche Steuerreform seien vor allen Dingen 3 Forderungen aufzustellen:

1. Die Herabsetzung der Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer.
2. Die Milderung des Tarifs der Einkommensteuer und die Erhöhung des Existenzminimums, soweit die Einkommensteuer dem Reiche und den Ländern zufließe.
3. Die Wiedereinführung des kommunalen Zuschlagsrechts bei der Einkommensteuer, damit die Fehlbeträge der Gemeinden nicht nur auf die Realsteuern umgelegt, sondern auf möglichst breite Schultern gelegt würden.

So würde dann die Volksallgemeinheit im Rahmen des Möglichen in allen ihren Ständen und Schichten aus den Pariser Vereinbarungen in bescheidenem Maße Nutzen ziehen — unter der selbstverständlichen allerersten Voraussetzung, daß die 700 Millionen unter keinen Umständen verpulvert werden dürften.

Die Begrüßung des Königs Fuad.

Beim Ueberschreiten der deutschen Grenze.

× **Wingen**, 9. Juni. Um 16,45 Uhr traf König Fuad von Aegypten mit einem Sonderzug aus der Schweiz auf dem Bahnhof in Wingen ein. Zu seinem Empfang hatten sich im Auftrage des Reichspräsidenten Reichsminister a. D. Dr. Rosen, der deutsche Gesandte in Kairo, v. Stohrer, ferner Gesandtschaftsrat Dr. Klee, Generalmajor von Bock und Oberstleutnant von Tiedemann eingefunden. Beim Verlassen des Zuges auf dem mit deutschen und ägyptischen Farben geschmückten Bahnhof richtete Reichsminister a. D. Dr. Rosen eine Begrüßungsansprache an den König, in der er die Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung übermittelte und an die ruhmreiche Geschichte Aegyptens erinnerte, die bis zum Morgenrot menschlicher Kultur zurückreiche. König Fuad dankte für die herzliche Begrüßung und brachte zum Ausdruck, daß er sich besonders auf den Besuch in Deutschland freue, den er erst jetzt habe ausführen können. Von dem Besuch erwarte er eine besondere Auswirkung auf die Förderung der deutsch-ägyptischen Beziehungen. Um 17,25 Uhr verließ der Sonderzug den Bahnhof Wingen, um über Stuttgart nach Berlin weiterzufahren. In der Begleitung des ägyptischen Königs befinden sich der ägyptische Außenminister und der ägyptische Gesandte in Berlin, sowie das Hofpersonal in Stärke von etwa 20 Köpfen.

Aenderungen im Kommunalwahlverfahren.

Berlin, 8. Juni.

Der preußische Minister des Innern hat dem preußischen Staatsrat Entwürfe zur Aenderung der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Landbürgermeistereiversammlungen, Amtsversammlungen und Kirchspiellandgemeindevertretungen, zur Aenderung der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen sowie den Entwurf der besonderen Bestimmungen für die Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amtsversammlungen (Kirchspiellandgemeindevertretungen), Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) zugeleitet. Im einzelnen wird die Gemeindewahlordnung in folgenden Punkten erheblich geändert:

Die bisher geltenden Vorschriften über den „Wahlvorstand" und den „Wahlausschuß" sollen neugefaßt werden. In materieller Beziehung sieht diese Neufassung vor allem anstelle der bisher regelmäßig erfolgenden Wahl der Beisitzer durch die Gemeindevertretungen deren Berufung durch die Wahlvorsteher und die Vorsitzenden der Wahlausschüsse vor. Ferner wird nunmehr auch für die Gemeindewahlen der bisher nur fakultativ zulässige amtliche Stimmzettel obligatorisch. Neugegliedert ist der Teil der bisherigen Wahlordnung. Die bisher für die Wahlen zu den Landbürgermeistereien, Amtsversammlungen und Kirchspiellandgemeindevertretungen gemeinsam geltenden Vorschriften sind im Hinblick auf die durch das Gesetz vom 27. Dez. 1927 veränderte Amtsverfassung in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen getrennt worden, nachdem nunmehr das ganze Amt einen einheitlichen Wahlbezirk bildet.

Erheblichere Aenderungen in der Wahlordnung für die Provinziallandtage und Kreistage sind bezüglich der Verbindung von Wahlvorschlägen vorgesehen. Während das bisherige Wahlrecht zwei Arten von Listenverbindungen kannte, nämlich a) die Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei mit demselben Parteikennwort aus verschiedenen Wahlbezirken oder aus demselben Wahlbezirk und b) die Verbindung von Wahlvorschlägen verschiedener Parteien zu einer gemeinsamen Gruppe unter einem gemeinsamen Gruppenkennwort, gleichgültig, ob aus demselben Wahlbezirk oder aus mehreren Wahlbezirken, ist nach dem Gesetz vom 29. Oktober 1928 nur noch die aus dem gleichen Kennwort folgende Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei aus verschiedenen Wahlbezirken zulässig. Dieser Aenderung der Rechtslage muß durch eine entsprechende Aenderung der Wahlordnung Rechnung getragen werden. Die besonderen Bestimmungen für die Verbindung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Amtsversammlungen (Kirchspiellandgemeindevertretungen), Kreistagen und Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) sollen für den Fall, daß das Staatsministerium die genannten Wahlen auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 29. Oktober 1928 verbinden wird, die Einheitlichkeit des Wahlvorganges gewährleisten, die für die Wahlen einstehenden Kosten vermindern und die möglichste Erleichterung der Ausübung der Wahl durch die Wähler sicherstellen. Da die Wahlordnungen durch die zwischenzeitlich erfolgten wiederholten Aenderungen für den praktischen Gebrauch nicht mehr hinreichend übersichtlich erscheinen, ist beabsichtigt, sie in der nach der Aenderung geltenden Fassung neu bekanntzumachen.

Die Reichsbahn beantragt Tariferhöhung.

Was zu erwarten war.

× **Berlin**, 8. Juni. Von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erfahren wir:

„Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Falle der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs im Eisenbahn-Lohnstreit eine Tariferhöhung bei der Reichsregierung zu beantragen, die der Reichsbahn-Gesellschaft für die seit dem Inkrafttreten des Schiedsspruchs neu erwachsenen Personalausgaben von ungefähr 55 Millionen Mark jährlich die finanzielle Deckung geben soll.

Der Verwaltungsrat sah sich zu diesem Entschluß gezwungen, da die Verhandlungen über eine anderweitige Deckung der Mehrausgaben keine Aussicht auf Erfolg boten. Eine weitere Drosselung der Sachausgaben, die heute schon unterhalb der normalen Anforderungen liegen, kann im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht mehr verantwortet werden.

Der Generaldirektor wird daher namens der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bei der Reichsregierung den Antrag auf Tariferhöhung stellen."

Dieser Schritt war zu erwarten, da die Reichsbahngesellschaft während des ganzen Streites um die Lohnerhöhung sich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß sie nicht in der Lage sei, die ihr durch den Schiedsspruch entstehenden Mehrausgaben ohne eine Steigerung ihrer Einnahmen tragen zu können. Der formelle Antrag auf Tariferhöhung bei der Reichsregierung, zu dem die Reichsbahn verpflichtet ist, da sie von sich aus eine Tariferhöhung nicht durchführen darf, ist aber wohl zunächst nur dazu bestimmt, neue Verhandlungen mit den zuständigen Stellen des Reiches in Gang zu bringen, damit Klarheit darüber geschaffen werden kann, ob von der Reichsregierung her finanzielle Erleichterungen geschaffen werden können.

Hugenberg und Paris.

Unberufene Kritiker.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ **Berlin**, 9. Juni. (Drahtb.)

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, hat seinen Standpunkt zum Abschluß der Pariser Reparationskonferenz dem Berliner Korrespondenten eines großen amerikanischen Nachrichtenbüros in einer Unterredung dargelegt, deren Wortlaut in der deutschnationalen Presse am Sonntag früh veröffentlicht wird. Dem Führer dieser großen Oppositionspartei soll und kann nicht das Recht beschnitten werden, an den Leistungen des Reichskabinetts und den Abmachungen der deutschen Delegation weitgehende Kritik zu üben. So wird es auch niemand Herrn Hugenberg verwehren wollen, seine Ansicht darüber zu äußern, daß Deutschland nicht in der Lage sein werde, die im Pariser Abkommen festgelegten Verpflichtungen auf die Dauer von 50 und mehr Jahren zu erfüllen, denn das Abkommen ist nicht so gut, wie wir es uns gewünscht hätten. Erst die Zukunft wird zeigen müssen, ob das deutsche Volk den Gefahren, die mit dem Youngplan zusammenhängen, gewachsen sein wird. Aber diese Ueberlegungen geben dem deutschnationalen Führer nicht das Recht, den deutschen Kredit in den Augen des amerikanischen Publikums herabzumindern, wie es durch die Unterredung Hugenbergs geschieht. Völlig unverständlich und irreführend ist seine Behauptung, daß die Auslandsanleihen, die Deutschland auch noch weiter zur Verfügung gestellt würden, nur die Krise verschleiern, aber keinen Wiederaufbau ermöglichen und Deutschland nichts nützten. Es werde unter den Lasten der Pariser Abmachungen nicht in der Lage sein, diese Anleihen zurückzuzahlen.

Diesen unverantwortlichen Ausführungen gegenüber muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß Deutschland von dem 12 Milliarden-Auslandskredit, den es bisher aufgenommen hat, noch nicht einen Pfennig Zinsen schuldig geblieben ist und sein Kredit auch weiterhin stark genug ist, seinen privaten Schuldendienst zu leisten. Man muß dem deutschnationalen Oppositionsführer den guten Rat geben, den Mund nicht allzu voll zu nehmen. Denn schließlich waren es doch im Sommer 1924 die Deutschnationalen, mit deren Hilfe das für den Dawesplan wichtige Reichsbahngesetz, für das wegen seines verfassungsändernden Inhalts eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, im Reichstag angenommen worden ist. Durch die Abkommandierung von 50 Prozent ihrer Fraktion haben seinerzeit die Deutschnationalen den Dawesplan gerettet, als dessen verbesserte Auflage jetzt das Abkommen der Sachverständigen in Paris zu bewerten ist. Wie die Deutschnationalen zu diesem Umfall kamen, soll nicht weiter untersucht werden. Nur die Tatsache als solche sei festgestellt. Die leidenschaftliche Ablehnung des Youngplanes in der deutschnationalen Presse braucht weiter keine allzu große Sorge bereiten. Verlangt werden muß jedoch, daß sich Geheimrat Hugenberg als Führer der maßgebenden Oppositionspartei in den Grenzen der Wahrheit hält und davon Abstand nimmt, durch eine Agitation den deutschen Auslandskredit zu gefährden.

★

Gegen die Rheinlandräumung.

× **Paris**, 8. Juni. Die gegenwärtig in Rouen tagende Republikanische Vereinigung (Marin) beschäftigte sich heute nachmittag mit der folgenden von einem Unterausschuß einstimmig angenommenen Entschließung: Betreffend die Reparationen und die interalliierten Schulden erneuert die Republikanische Vereinigung getreu ihrer Doktrin und in Uebereinstimmung mit den Entschließungen der ehemaligen Frontkämpfer ihren Protest gegen die unannehmbaren Abkommen Mellon-Bérenger und Churchill-Caillaux. Sie erklärt, daß für Frankreich auf keinen Fall davon die Rede sein könne, 1. irgend etwas von der berechtigten und unveräußerlichen Entschädigung, die ihm für die Deckung seiner Reparationen zustehe, zu opfern, 2. jemals an seine Alliierten mehr zu bezahlen, als es von Deutschland erhalten wird, 3. das Rheinland vorzeitig zu räumen, was für die Sicherheit des Landes gefährlich sei. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Entschließung von dem Kongreß angenommen werden wird.

★

Räumung im Juli?

() **Paris**, 9. Juni. Havas berichtet aus Madrid, daß nach einer Meldung des „Heraldo" gestern in den Wandelgängen des Völkerbundsrats das Gerücht im Umlauf gewesen sei, die Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs beabsichtigten Ende Juli in Baden-Baden zusammenzutreffen und die Frage der Rheinlandräumung zu regeln.

Die Madrider Minderheitenaussprache.

Vertagung auf deutschen Einspruch.

Madrid, 8. Juni. Die geheime Sitzung des Ratskomitees am Samstag vormittag entfesselte einen heftigen Kampf, indem die Vertreter von Kanada und Finnland in schärfster Weise für einen Ausbau und Verbesserungen der bedeutungslosen Vorschläge des Londoner Berichtes eintraten. Staatssekretär von Schubert erklärte, daß er die allgemeinen Grundsätze des Londoner Berichtes grundsätzlich ablehne. Dagegen forderte Titulescu, daß sowohl die allgemeinen Grundsätze als auch die einzelnen praktisch gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Vorschläge gemeinsam angenommen oder abgelehnt würden.

Nach der Durchberatung der elf Punkte, bei denen in Bezug auf die Verfahrensfrage eine Reihe von Verbesserungen gegenüber den Vorschlägen des Londoner Dreierberichtes vorgenommen wurden, wurde die nächste Sitzung auf kommenden Dienstag anberaumt. Mit dem Ergebnis der heutigen Beratungen bleibt die deutsche Stellungnahme unverändert aufrechterhalten, insbesondere in Bezug auf die beiden großen prinzipiellen Fragen der Initiativgarantie des Völkerbundes zum Schutz der Minderheitenrechte und das Minderheitenproblem als solches in seiner Gesamtheit. Soweit in den einzelnen Verfahrensfragen sich die deutsche Auffassung nicht durchsetzen konnte, was insbesondere in der Frage der Teilnahme der sogenannten interessierten Staaten an dem Dreierkomitee des Völkerbundsrates der Fall ist, wurden deutsche Vorbehalte angemeldet, die auch für die eigentliche Beratung des Minderheitenproblems im Völkerbundsrat selbst gelten und dort eine besondere Rolle spielen dürften. Es bleiben also aufgrund verschiedener deutscher Vorbehalte die grundsätzlichen Fragen für die nächste Sitzung offen, sodaß dem Verlauf der weiteren Beratungen in keiner Weise vorgegriffen ist.

★

Schärfste Zurückweisung einer Falschmeldung.

Madrid, 8. Juni. Die deutsche Abordnung tritt heute auf das energischste der Meldung des oppositionellen Blattes „Voz" entgegen, nach der Dr. Stresemann in San Sebastian in einem Interview auf die katalanischen und baskischen Minderheiten Spaniens hingewiesen haben soll. Auf eine sofortige telephonische Anfrage in San Sebastian hat Dr. Stresemann erklärt, daß er gar kein derartiges Interview gegeben habe. Die Meldung des „Voz" hat hier größtes Aufsehen erregt. Es besteht die Vermutung, daß diese Meldung von Madrid aus von seiten einer gewissen Abordnung gegeben worden ist, um eine Trübung zwischen den deutschen und spanischen Beziehungen herbeizuführen. Die Meldung der „Voz" ist bedauerlicherweise in der ganzen internationalen Presse verbreitet worden. Jedoch muß dieser offensichtlichen Zweckmeldung mit größter Energie als einer Fälschung entgegengetreten werden. — „Voz" veröffentlicht nunmehr eine längere Erklärung des Inhalts, daß bei der durch den Redaktionsschluß bedingten überstürzten Abfassung des Berichts sich eine Reihe von Irrtümern, darunter solche von Bedeutung, eingeschlichen hätten. Nach Ausdrücken lebhaftesten Bedauerns erklärt sich das Blatt verpflichtet, diese Irrtümer sofort wahrheitsgetreu richtig zu stellen, und bestätigt zusammenfassend vollinhaltlich die in dem deutschen Dementi enthaltenen Feststellungen.

★

Es bleibt nichts von den Verbesserungsvorschlägen.

◆ **London**, 8. Juni. Der Madrider Korrespondent des „Manchester Guardian" meldet zum Bericht des Dreierkomitees: Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Bericht jeden Vorschlag zur Verbesserung des jetzigen Verfahrens der Behandlung der Beschwerden von Minderheiten verwirft. Von den Vorschlägen Dandurands und Stresemanns bleibt nichts übrig. Der Bericht läßt einen großen Teil des Beweismaterials, daß der Völkerbund beim Schutz der Minderheiten in vielen Teilen Europas versagt hat, völlig unbeachtet. Der Bericht ist die unterwürfige Annahme des Standpunktes der Regierungen der Kleinen Entente, Polens und Griechenlands. Der Korrespondent erwähnt die Gerüchte, die englische Regierung beabsichtige, neue Delegierte mit einem klaren Mandat zu entsenden. Die Namen d'Abernons und Lord Cecils würden genannt. In einem Leitartikel sagt das Blatt, die Kürze der Zeit werde Henderson schwerlich gestatten, sich mit diesem wichtigen Problem vertraut zu machen. Daß eine radikale Regierung sich mit den Vorschlägen des Dreierkomitees einverstanden erkläre, sei ausgeschlossen. Der beste Ausweg sei, die Sache bis Juli oder September zu vertagen.

★

Ankunft Stresemanns.

() **Madrid**, 8. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Gemahlin sind heute abend um 8 Uhr 31 in Madrid eingetroffen. In ihrer Begleitung befanden sich Staatssekretär Dr. Pünder und Ministerialdirektor Dr. Zechlin, sowie Botschafter Graf v. Welczeck, der den Minister nach Toledo entgegengefahren war. Der spanische Ministerpräsident Primo de Rivera empfing den deutschen Vertreter im Völkerbundsrat auf dem Bahnsteig, wo sich zwischen den beiden Staatsmännern ein sehr freundschaftliches Gespräch entwickelte. Ferner waren der spanische Ratsdelegierte Quinones de Leon, der spanische Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten Palacios und andere leitende Beamte, sowie die vollzählige deutsche Delegation, zahlreiche Journalisten und eine sehr starke Vertretung der hiesigen deutschen Kolonie auf dem Bahnhof erschienen. Nach den gegenseitigen Vorstellungen und Begrüßungen begab sich Dr. Stresemann, der die Reise gut überstanden hat und frisch aussieht, sofort ins Hotel Palace, den Sitz der deutschen Delegation. Auf dem Bahnsteig wie auch vor dem Bahnhof hatte sich eine sehr große Menge Schaulustiger angesammelt, die den herzlichen Charakter der Begrüßung zwischen den beiden Staatsmännern spontan durch lang anhaltenden Beifall zu wiederholten Malen unter Hochrufen bekräftigte. Der Zug, mit dem der Minister in Madrid eintraf, wurde von dem Herzog von Saragossa, einem Mitglied der spanischen Königsfamilie, geführt, der den Führerstand der Lokomotive während der ganzen Reise auf spanischem Gebiet nicht verlassen hatte.

Der kommunistische Parteitag.

Ein deprimierendes „Begrüßungswort".

A' **Berlin**, 8. Juni.

Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht ein Schreiben, das ihr von einer mit den inneren Vorgängen in der Kommunistischen Partei gut vertrauten Seite zugegangen ist.

Das Schreiben verweist auf den morgen in Berlin beginnenden Parteitag der Kommunisten, der sich in der Hauptsache mit den blutigen Maiereignissen beschäftigen würde. Die Ansichten der Mitglieder über die Vorkommnisse seien durchaus nicht so einheitlich wie die Parteileitung glauben machen möchte. Ein erheblicher Teil der Kommunisten sei der Anschauung, daß Menschenleben nur aufs Spiel gesetzt werden dürften, wenn die Partei ernsthaft glaube, den entscheidenden Schlag gegen die augenblickliche Gesellschaftsordnung in Deutschland führen zu können. Breite Kreise der Mitgliedschaft rebellierten gegen die aussichtslose, zu putschistischen Abenteuern neigende Taktik des amtierenden Parteibüros, die zu einer völligen Isolierung von den Arbeitermassen führen müsse. Es sei allerdings nicht wahrscheinlich, daß diese Differenzen auf dem Parteitag eine praktische Auswirkung haben und eine Aenderung erfahren würden, da man bei der Auswahl der Vertreter — die schon im März und April erfolgt sei — auf die ausschließliche Entsendung von Leuten, die der Parteileitung völlig ergeben seien, den größten Wert gelegt habe. Auch rein organisatorisch habe die Partei durch den dauernden Führerwechsel und durch die ungeschickte Taktik der Parteileitung sehr stark verloren. Von den 5000 Mitgliedern, die noch der Spaltung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei im Jahre 1921 die KPD. zählte, seien kaum 100 000 übriggeblieben, also weniger als selbst der schwache Spartakusbund einmal hatte. Außerdem sei durch die Auflösung der kommunistischen Wehrorganisationen, vor allem des Roten Frontkämpferbundes und des Roten Jungsturms, der Partei ein schwerer Schlag zugefügt worden, da viele Mitglieder dieser Organisationen der Partei nicht angehörten und nicht angehören wollten, aber von den kommunistischen Bünden erfaßt und für kommunistische Ziele und kommunistische Werbung eingesetzt werden konnten.

★

Delegierte von 6–12 Jahren.

— **Berlin**, 9. Juni. Die Kommunistische Partei Deutschlands eröffnete heute ihren 12. Parteitag in den Pharussälen, die in der Nähe der Köslinerstraße, des Schauplatzes der Maitumulte, gelegen sind. Im Verlauf der Eröffnungssitzung des Parteitages wurde ausdrücklich unterstrichen, daß diese Wahl eine zufällige sei. Das Versammlungslokal ist über und über mit rotem Tuch ausgeschlagen und mit riesigen Bildnissen Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs sowie mit revolutionären Schlagworten versehen. Besonders fällt das prächtig ausgestattete mit Sprüchen in russischer Sprache bestickte Banner aus schwerer Seide auf, das ein Moskauer Geschenk für die deutschen Kommunisten darstellt. Die Kartenkontrolle wurde äußerst scharf gehandhabt. Es wurde ein besonderes Ehrenpräsidium gewählt, als dessen erster Name Stalin titulierte. Außerdem wurde noch ein Vertreter der Streikleitung in Bombay in das Ehrenpräsidium aufgenommen. Der Parteitag setzte dann noch zahlreiche Ausschüsse für die verschiedenen Ressorts ein, darunter auch eine Kriegskommission. In der Eröffnungsansprache erklärte der Reichstagsabgeordnete Pieck die Berichte für unsinnig, daß die Kommunistische Partei im Sterben liege. Sie werde weiterhin für mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, gegen den imperialistischen Krieg und für Verteidigung der Sowjetunion kämpfen. Weiterhin wurde die Eröffnungssitzung im wesentlichen ausgefüllt von den Begrüßungsansprachen ausländischer Gäste. Es sprachen ein österreichischer, ein polnischer, ein belgischer, ein italienischer und eine tschechoslowakischer Kommunist, dagegen weder ein Vertreter der Kommunistischen Internationale noch der russischen Kommunistischen Partei. Zum Schluß erschienen fünf Schulkinder im Alter von etwa 6 bis 12 Jahren als Delegierte des in den Sophiensälen tagenden Jungspartakusbundes. Ein siebenjähriger Knabe richtete als Sprecher einige Worte an die „älteren Genossen", wurde aber durch die Jupiterlampen und den Filmapparat so verwirrt, daß er ins Stocken geriet. Schließlich wurden noch Begrüßungstelegramme verlesen, darunter auch solche des verbotenen Roten Frontkämpferbundes aus verschiedenen Teilen des Reiches.

Der Jakubowski-Prozeß.

Der Schluß der Beweisaufnahme.

:: **Neustrelitz**, 8. Juni. In der heutigen Vormittagsverhandlung bekundeten drei Strafanstaltsbeamte: Die Verständigung mit Jakubowski sei recht schwierig gewesen, es hätte, um ihm ein einziges Wort des Urteils klar zu machen, manchmal 10 Minuten gedauert. Der Verteidiger Jakubowskis, Rechtsanwalt Koch, habe sich meist nur durch Vermittlung mit Jakubowski unterhalten können. Der Zeuge Willi Adler hat als Untersuchungsgefangener längere Zeit die Zelle Jakubowskis geteilt. Wie er behauptet, hat Jakubowski ihm erzählt, der Untersuchungsrichter sei ihm immer bei seinen Aussagen ins Wort gefallen und habe ihm oft den Mund verboten. Er habe nicht alles sagen können, was er wußte, vor allem von Kreutzfeld, weil der Untersuchungsrichter sagte, für den Mord komme einzig Jakubowski als Täter in Betracht, und er (der Untersuchungsrichter) werde es schon so einrichten, daß man ihn um einen Kopf kürzer mache.

Besonders hervorzuheben ist aus der Aussage des Zeugen Adler folgende Bekundung: Eines Tages habe Jakubowski ihm erzählt, sein Rechtsanwalt, Dr. Koch, glaube, er (Jakubowski) hätte eigentlich fünf bis sechs Jahre Zuchthaus bekommen müssen. Darauf habe Jakubowski nachgedacht, wofür er diese Strafe verdiene, und sei zu dem Schluß gekommen, er habe die Beteiligung Kreuzfelds und Blöckers in der Gerichtsverhandlung nicht verschweigen dürfen. An eine eigene Beteiligung, etwa als Gehilfe, habe also Jakubowski zweifellos hierbei nicht gedacht.

Ein Schwager der Frau Kähler, namens Harnack, belastet die angeklagte Frau Kähler schwer. Er ist zur Beerdigung des ermordeten Kindes in Palingen gewesen. Bei dieser Gelegenheit hat ihm Fritz Nogens erzählt, er habe am Tage der Tat die Schuhe Jakubowskis getragen, daher paßten die Schuhe auf dessen Maße. Fritz habe weiter erzählt, daß der kleine Hannes zwei Männer an der Ecke habe stehen sehen, die er aber nicht erkannt habe. Fritz wird vom Vorsitzenden gefragt, ob dies Gespräch stattgefunden habe. Er erwidert, daß er sich nicht mehr daran erinnern könne. Der Zeuge fährt fort, Fritz sei der Ansicht gewesen, das Kind sei mit beiden Händen erwürgt worden. Frau Kähler aber habe gemeint, es sei zu der Tat ein Handtuch benutzt worden; so sei sie ganz beruhigt, denn das Kind habe nicht mehr lebend in das Kaninchenloch kommen können. Als wir nach Hause fuhren, schließt der Zeuge seine Aussage, hatten meine Frau und ich das Gefühl,

daß die Familie Nogens, zum mindesten Fritz und Frau Nogens, ihre Hand im Spiel hätten.

Vors.: Haben Sie auch später noch mit Frau Kähler gesprochen? — Zeuge: Jawohl. Etwa vier bis fünf Wochen später sagte sie, nur der Russe könne der Täter gewesen sein. Sie als Großmutter werde auf dem Gericht gegen ihn aussagen, man werde ihr mehr glauben als ihm, er sei doch bloß ein Russe. Sie habe aber den Untersuchungsrichter gefragt, ob ihr etwas passieren könne, wenn Jakubowski wieder aus dem Gefängnis käme. Der Untersuchungsrichter habe sie beruhigt, und ihr erwidert, sie brauche keine Angst zu haben, Jakubowski würde wohl nicht mehr herauskommen. — Rechtsanwalt Brandt (zu Frau Kähler): Haben Sie nicht gesagt, Sie würden dafür sorgen, daß Jakubowski hingerichtet würde? — Frau Kähler: Ich habe nur gesagt, er dürfe nicht wieder herauskommen. — Rechtsanwalt Brandt: Was haben Sie denn für ein Interesse daran gehabt, daß Jakubowski nicht wieder aus dem Gefängnis herauskäme? Frau Köhler schweigt.

Es folgt dann die Bekundung des Oberlandjägers Zippert, der die ersten Ermittlungen in der Angelegenheit angestellt hat. Durch seine Aussage werden die Feststellungen des Urteils gegen Jakubowski weiter erschüttert. Das Urteil hatte als belastend für Jakubowski angesehen, daß er dem Landjäger Zippert nicht von vornherein jeden Gang, den er am Mordtag unternahm, genau angegeben habe. Heute bekundet Zippert, die erste Vernehmung durch ihn sei nicht besonders eingehend gewesen, weil Jakubowski noch nicht als beschuldigt angesehen worden sei. Zippert sagte weiter aus, auf dem Transport habe er Jakubowski gefragt, ob Kreuzfeld ihm einen Antrag gemacht habe, seine Schwester zu heiraten. Jakubowski habe das bestätigt und hinzugefügt, daß er selbst schon zwei Kinder habe und infolgedessen nicht heiraten könne. Der Zeuge fährt fort: Ich habe ihn dann auf die mögliche Beteiligung Kreuzfelds hingewiesen, worauf er sagte: „Ich nichts weiß". Ich habe ihm gesagt, er brauche seine Helfershelfer nicht zu schonen; wenn er etwas wisse, brauche er sich nur vorführen zu lassen. Das hat er nicht getan. Nach der Verurteilung erkundigte ich mich, warum er geschwiegen habe. Er antwortete, er sei nicht danach gefragt worden, und sein Rechtsanwalt sei erst drei Tage vor der Verhandlung zu ihm gekommen.

Ueber die Persönlichkeit Jakubowskis äußert sich Zippert in günstigem Sinne. — Rechtsanwalt Brandt: Wer hat den Verdacht zuerst auf ihn gelenkt? — Zeuge: Frau Kähler. Sie hat gesagt:

Das ist der verfluchte Russe, und wenn ich zu Hause gewesen wäre, wäre das Kind nicht verschwunden.

Dr. Brandt: Frau Kähler, warum schimpfen Sie denn so auf den verfluchten Russen; war er denn nicht Ihr Mitschuldiger? Er hätte doch bloß den Mund gegen Sie aufzutun brauchen; das war doch gefährlich. — Frau Kähler: Ich war damals so verwirrt. — Dr. Brandt (zum Zeugen): Warum hat man davon abgesehen, Kriminalbeamte zuzuziehen? — Zeuge: Ich weiß nicht, wie der Oberstaatsanwalt Müller darüber gedacht hat.

Zum Schluß der Beweisaufnahme macht nochmals Kriminalrat Gennat einige Bekundungen über das Ergebnis seiner Ermittlungen. Als der Zeuge sich mit den Einzelheiten der ersten Verhandlung befaßt, erhebt Dr. Brandt Einspruch gegen die gutachtliche Vernehmung Gennats. Das Gericht macht ihn darauf aufmerksam, daß er nur als Zeuge vernommen werden köne. Gennat schließt darauf seine Aussagen.

Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen. Für das Plädoyer des Oberstaatsanwalts Weber ist der Dienstag vorgesehen.

Eine Rundfunkrede Mac Donalds.

London, 9. Juni. Ministerpräsident Mac Donald hielt gestern abend im Rundfunk eine vorher nicht angekündigte Rede, in der er u. a. ausführte: Die Regierung ist nun in aller Form gebildet und ich nehme die Gelegenheit wahr, dem Lande für das Vertrauen, das es in uns gesetzt hat, zu danken. Wir bemühen uns, den Aufgaben, die uns gestellt sind, mit voller Kraft zu Leibe zu gehen. Wir müssen im Interesse des Friedens in der Industrie und im Interesse des Friedens außerhalb Englands tätig sein. Thomas ist an die Spitze einer Organisation gestellt worden, der es obliegt, die praktischsten Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu prüfen und ihre Anwendung mit Energie in Angriff zu nehmen. Dem Gedanken, daß es möglich sein könnte, innerhalb eines Jahres die Arbeitslosenzahl auf ihren normalen Stand zu verringern, habe ich immer zweifelnd gegenübergestanden, aber alles, was getan werden kann, wird so rasch wie möglich getan werden. Henderson ist mit der Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten betraut worden. Angesichts der alles überragenden Bedeutung der Abrüstungsfrage und angesichts der Notwendigkeit einer freundschaftlichen Aussprache über eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen Mächten, hoffe ich indessen es möglich zu machen, anläßlich des nächsten Zusammentritts der Völkerbundsversammlung selbst Genf einen kurzen Besuch abzustatten.

Ein Jubiläum der holländischen Königin-Mutter.

)-(**Amsterdam**, 8. Juni. Zu den heute nachmittag mit dem Einzug der Königin-Mutter Emma in Amsterdam beginnenden fünftägigen Huldigungsfestlichkeiten, die die Stadt Amsterdam zu Ehren der Königin-Mutter in Erinnerung an deren vor 60 Jahren erfolgten ersten Einzug als Gemahlin des Königs Wilhelm III. und als neue holländische Königin in die Stadt veranstaltet, haben alle öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser Flaggenschmuck angelegt. Die Blätter gedenken in Artikeln der engen Bande, die durch die 1879 vollzogene Heirat der damaligen Prinzessin Emma von Waldeck-Pyrmont mit König Wilhelm III. zwischen den Fürstenhäusern Waldeck-Pyrmont und Oranien-Nassau geknüpft wurden.

Schwere Schlägerei vor der Wiener Universität.

× **Wien**, 8. Juni. Auf der Universität kam es heute mittag zu schweren Schlägereien zwischen nationalistischen und jüdisch-nationalen Studenten. Das Rektorat hatte wegen der Zusammenstöße, die sich vor einigen Tagen ereigneten, den heutigen Bummel in der Aula verboten. Die Nationalsozialisten kümmerten sich nicht um das Verbot. Gegen 1/21 Uhr stürmten sie und einige hundert farbentragende Studenten zur Rampe und überfielen die sich dort aufhaltenden jüdisch-nationalen Studenten. Es kam zu einer schweren Schlägerei, sodaß schließlich die Wache eingreifen mußte. Zahlreiche Studenten wurden verletzt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Wegen der Schlägerei hat das Rektorat bis auf weiteres den Legitimationszwang eingeführt und die Schließung der Universität angedroht. Die Gerüchte, daß bei diesen Zusammenstößen mehrere Personen schwer verletzt worden seien, entsprechen nach einer Korrespondenzmeldung nicht den Tatsachen.

Aman Ullah will sich in Italien niederlassen.

:: **Bombay**, 8. Juni. Der frühere König Aman Ullah, wird, wie nunmehr feststeht, mit seiner Gattin und seiner heute nacht geborenen Tochter am 22. Juni nach Italien reisen. Wie es heißt, beabsichtigt er dort ein Landgut zu kaufen und sich dauernd niederzulassen.

Die Armee Aman Ullahs hat zu bestehen aufgehört. Nach Meldungen von der afghanischen Grenze hat sein General Guliam Nabi Khan nach der Flucht des Königs den Feldzug abgebrochen und die königlichen Truppen nach Hause geschickt. Ein Teil der Armee, deren Verbände aufgelöst waren, überschritt die russische Grenze und ist nunmehr entwaffnet und interniert worden.

Der Amerikaflug schwedischer Flieger.

× **Stockholm**, 9. Juni. Um 6,12 Uhr morgens startete das Wasserflugzeug „Sverige" von dem Stockholmer Flughafen Lindarängen, wo sich eine große Menschenmenge eingefunden hatte, zu einem Transozeanflug Stockholm-Newyork. An Bord des Flugzeuges befinden sich der Pilot, Kapitän Ahrenberg, der Beobachter Leutnant Floden und der Bordfunker Ljunglung. Bei der ersten Etappe bis Bergen fliegen auch der Finanzier, der Stockholmer Bankier Servin und ein Radioreferent mit. Vor dem Start erklärte Kapitän Ahrenberg, man rechne damit, am Dienstag um 11 Uhr amerikanischer Zeit in Newyork zu sein. Das Flugzeug führt eine volle Ladung von Frachtgütern und Post mit sich. Der Zweck des Fluges ist, die Möglichkeit eines regelmäßigen Luftverkehrs Europa-Amerika zu beweisen. Ueber die ganze Strecke herrscht klares Wetter.

★

Unterwegs nach Island.

× **Oslo**, 9. Juni. Die Junkersmaschine „Sverige" landete heute mittag um 12 Uhr in Bergen.

× **Oslo**, 9. Juni. Wie aus Bergen gemeldet wird, ist das Transozeanflugzeug „Sverige" gegen 15 Uhr zu einem Fluge nach Island gestartet. Da das Flugzeug verhältnismäßig schwer beladen war und Windstille eintrat, dauerte es einige Zeit, ehe der Start unter dem Jubel der vielen Zuschauer gelang. Nach den letzten Wettervoraussagen werden die Flieger zwischen Shetland und den Faroer-Inseln auf Nebel und Regen stoßen. Die Wetterstation in Berlin hat ihnen deshalb empfohlen, einen mehr nördlichen Kurs zu halten. Die Flieger hoffen um Mitternacht in Reykjavik auf Island einzutreffen.